

Rollenprofil (Szenario 2)

Rumänien



Hauptstadt	Bukarest
Sprache	Rumänisch
Einwohner	20 Millionen
BIP pro Kopf	ca. 7.500€
Arbeitslosenquote	6,8%



Sie sind Vertreterin/Vertreter des Landes Rumänien. Die rumänische Wirtschaft ist nicht besonders stark. Das BIP ist im Vergleich mit anderen EU-Staaten sehr niedrig. Aber die Wirtschaft wächst auch in der Krise weiter, das ist gut. Kurz nach dem EU-Beitritt war das Wirtschaftswachstum sogar noch höher. Die Arbeitslosigkeit ist relativ niedrig. Im Vergleich mit anderen EU-Staaten stehen Sie sehr gut da.

Rumänien ist 2007 der europäischen Union beigetreten. Sie haben stark von der EU profitiert: Die Wirtschaft ist stärker. Trotzdem haben Sie noch einige Probleme in Ihrem Land: Die Korruption ist zum Beispiel sehr hoch. Hier sind Sie noch nicht auf dem Niveau der EU und müssen sich weiter anpassen. Europa ist für Sie jedoch weiterhin wichtig und eine große Hilfe. Daher sind Sie stolz, ein Teil der Gemeinschaft zu sein. Mit 20 Millionen Einwohnern haben Sie sogar viel Einfluss in der EU. Nutzen Sie das!

Durch die wirtschaftlichen Entwicklungen stehen Sie der EU generell positiv gegenüber. Sie sehen die Vorteile durch eine starke Union. Sie wissen, dass bereits viel in Brüssel und Straßburg entschieden wird. Das war schon vor dem Beitritt 2007 klar und das akzeptieren Sie auch. Trotzdem ist es Ihnen wichtig, dass auch viel in Bukarest entschieden wird. Bei manchen europäischen Projekten machen Sie noch nicht mit: In Rumänien bezahlt man zum Beispiel mit „Rumänischen Leu“ und nicht mit Euro. Ihre Wirtschaft ist noch nicht stark genug, um die Bedingungen für einen Beitritt zum Euro zu erfüllen.

In der Sprachenfrage ist Ihnen wichtig, dass alle 24 Amtssprachen weiterhin gleichberechtigt verwendet werden (Vorschlag 1). Keine Sprache soll wichtiger sein als eine andere. Die Europäische Union hat bewiesen, dass sie auch mit 24 verschiedenen Amtssprachen gut arbeiten kann. Dies soll auch so bleiben. Sie sind gegen die Vorschläge 2 und 3, die einige Amtssprachen bevorzugen. Sie sehen sich als gleichberechtigter Partner in der Europäischen Union. Das soll in der Sprachenfrage berücksichtigt werden.